

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

„Die Zeitenwende ist ein Frontalangriff auf die Interessen der Beschäftigten“

Unter diesem Motto hielt Ulrike Eifler ihr Referat auf der dritten gewerkschaftlichen Friedenskonferenz in Salzgitter. Wir dokumentieren ihre Rede in Gänze, weil in ihr der Stand der Kriegsvorbereitungen und die gewerkschaftspolitischen Aufgaben ausführlich und überzeugend dargelegt sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Blick in Geschichte und Gegenwart zeigt: Kriegsvorbereitungen und auch der Krieg selbst gingen stets mit enormen Eingriffen in Arbeits- und Gewerkschaftsrechte einher. In allen Kriegen wurden bisher im Namen der Sicherheit Arbeitszeiten ausgeweitet, Umverteilungskämpfe erschwert und das Streikrecht außer Kraft gesetzt. Deshalb ist es aus

meiner Sicht wichtig, dass wir Kriege nicht nur aus moralischen Gründen ablehnen, sondern gleichzeitig auch den in ihnen angelegten Klassencharakter sehen. Kriege vorzubereiten oder durchzuführen, geschieht niemals klassenneutral, sondern im Einklang mit Angriffen auf die Welt der Arbeit.

Ich möchte – ehe ich die unterschiedlichen Ebenen der Zeitenwende als Klassenangriff skizziere – anknüpfen an die gestrigen Ausführungen von Ingar Solty, der völlig richtig herausgearbeitet hat, dass die wachsende Kriegsgefahr Ergebnis einer kapitalistischen Krisenentwicklung ist, die weit über die konjunkturellen Krisen der Vergangenheit hinausgeht und als eine systemische Krise des Kapitalismus eingeordnet werden muss. Eine

Prominente Besetzung auf dem Abschlussplenum der Friedenspolitischen Konferenz: Markus Huhn, 2. Bevollmächtigter IG Metall Salzgitter-Peine · Petra Erler, ehem. Staatssekretärin und Autorin · Thorben Peters, Diskussionsleiter · Özlem Demirel, MdEP Die Linke · Ole Nymoen, Podcaster · Ralf Stegner, MdB SPD (vlnr).



systemische Krise, die deshalb so komplex ist, weil sie sich auf verschiedenen Ebenen zeigt – sie zeigt sich als kapitalistische Verwertungskrise, sie zeigt sich an der Zunahme sozialer Widersprüche, sie zeigt sich an einer Zuspitzung geopolitischer Konfliktkonstellationen, sie zeigt sich am drohenden Klimakollaps und sie zeigt sich schließlich am weltweiten Aufstieg rechtsautoritärer Führer und Bewegungen, der das Ergebnis der gestern von Ingar beschriebenen Repräsentationskrise ist.

Diese unterschiedlichen Krisenebenen verschränken sich ineinander und verstärken sich gegenseitig; und die vermeintlichen Krisenlösungen in einer Krisensphäre verschärfen die Krise in einer anderen Sphäre. Die Veränderung der Weltbeziehungen, bei denen der globale Süden an ökonomischer Stärke und politischem Selbstbewusstsein gewinnt auf der einen Seite und der globale Norden auf der anderen Seite, der gegen Deindustrialisierung und den zunehmenden politischen Bedeutungsverlust ankämpft – das steht als Ursache hinter den sich zuspitzenden geopolitischen Konflikten. Sie lösen eine dramatische Hochrüstungsdynamik aus, welche wiederum nur durch erhebliche Sozialkürzungen sichergestellt werden kann und dadurch das Vertrauen der Menschen in die Funktionsfähigkeit der repräsentativen Demokratie weiter erschüttert. Über allem steht der fortschreitende Klimawandel, dessen Bearbeitung durch die Militarisierung blockiert und durch reale Kriegsführung beschleunigt wird. Mit dieser komplexen Krisendynamik müssen wir uns auseinandersetzen, wenn wir eine Dynamik für eine weltweite und dauerhafte Friedenssicherung in Gang setzen wollen.

Aus der Geschichte wissen wir, dass Umbrüche mit dem Potential weltkriegerer Auseinandersetzungen die Arbeiterbewegung stets in die Krise stürzten. Vor Beginn des Ersten Weltkrieges zeigte sich das an der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten und an der Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften. Weil es kämpfende und streikende Arbeiter waren, die den Ersten Weltkrieg beendet hatten, saß dem herrschenden Block vor Beginn des Zweiten Weltkrieges die Angst vor den großen und mächtigen Klassenorganisationen noch im Nacken. Der Aufstieg des Faschismus war daher kein Zufall, sondern die aus Sicht der Herrschenden logische Konsequenz, um die zugespitzten Klassenaussäuerungen in der Weimarer Zeit durch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung zu entscheiden.

Auch heute stehen wir vor großen politischen und strategischen Herausforderungen. Dabei kommt es vor allem darauf an, die Einbindung der Arbeiterbewegung in eine Politik aus Aufrüstung und Kriegsvorbereitung zu verhindern – der Klassenprotest darf nicht still gestellt werden. Wenn wir mit dieser Brille auf die aktuelle Zeitenwende-Entwicklung schauen, wird uns auffallen, dass die Unterordnung aller gesellschaftlichen Bereiche unter die militaristische Prämisse der aktuellen Außen- und Sicherheitspolitik ein Frontalangriff auf die Klasse der Lohnabhängigen ist.

Dieser Angriff hat mindestens sechs Ebenen:

Erstens: Die Umverteilung von unten nach oben wird in der Zeitenwende weiter voranschreiten, und die Armut

wird zunehmen. Das ist eine verteilungspolitische Binse, denn jeder Euro, der in den Rüstungshaushalten versenkt wird, der fehlt für gute Bildung, für eine ausfinanzierte Kindergrundsicherung, für eine funktionierende Daseinsvorsorge oder für den ökologischen Umbau der Industrie. Jährliche Rüstungsausgaben, die die Größenordnung der Hälfte des Bundeshaushaltes haben, auf der einen Seite und Ausgaben für Bildung, Kindergrundsicherung oder unsere Daseinsvorsorge, die unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden auf der anderen Seite, zeigen die verteilungspolitische Präferenz der Bundesregierung unter Friedrich Merz sehr deutlich.

Der Umweg über Sondervermögen und kreditfinanzierte Aufrüstung stellt den Versuch da, den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Sozialabbau zu verschleiern und die Gewerkschaften und Teile der politischen Linken in den Aufrüstungskurs einbinden. Früher oder später aber wird dieser Freifahrtschein für grenzenlose Rüstungsausgaben Fragen der Gegenfinanzierung aufwerfen und die Verteilungsfrage wird sich weiter zuspitzen. Und wir erleben schon jetzt, dass unter den Stichworten Bürgergeld, Arbeitszeitflexibilisierung und Sozialstaatsreform die ersten Angriffe auf unsere Arbeits- und Lebensbedingungen vorbereitet werden.

Damit komme ich auch zur zweiten Ebene, auf der sich der Angriff auf die Lohnabhängigen vollzieht. Die Zeitenwende verändert das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. In einer gesellschaftlichen Atmosphäre aus realen Deindustrialisierungserfahrungen, Inflation und Sozialabbau entsteht ein Klima des Verzichts, das nicht Rückenwind für die Forderungen der Gewerkschaften nach Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen mit sich bringt, sondern im Gegenteil: Es ist Rückenwind für

Heft Nr. 3 · September 2025 · Jahrgang 66

„Die Zeitenwende ist ein Frontalangriff auf die Interessen der Beschäftigten“	1
Dritte Gewerkschaftskonferenz in Salzgitter: Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg	5
Interview; Zur Notwendigkeit einer antimilitaristischen Gegenmacht in Gewerkschaft und Betrieb	10
Demonstration in Salzgitter-Lebenstedt: Gegen den israelischen Genozid in Gaza	12
Korrespondenz zur Palästinasolidarität in Kassel: Rede über den Hintergrund der israelischer Barbarei	13
USA unter Regierung Trump – Wohin die Reise geht	16

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF
 IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05
 e-mail: kontakt@arbeiterpolitik.de • Internet: www.arbeiterpolitik.

die Forderungen der Arbeitgeber nach Lohnverzicht, Arbeitszeitverlängerungen und Abweichungen vom Flächentarifvertrag. Dabei kommt auch gewerkschaftliche Tarifpolitik unter Druck. Bereits in den ersten Monaten des Ukraine-Krieges hat sich gezeigt, dass der inflationsbedingte Kaufkraftverlust tarifpolitisch nur schwer auszugleichen war, weil der Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise auf die Löhne und Gehälter drückte. Und trotz der guten Tarifabschlüsse der Gewerkschaften insgesamt in den Jahren 2022 und 2023 stellte das WSI im letzten Jahr fest, dass sich die durchschnittlichen Tariflöhne in 2024 auf dem Niveau von 2016 bewegten.

Drittens: Der militärische Umbau der Daseinsvorsorge ist die Unterordnung von öffentlichen Versorgungsleistungen unter die Logik des Militärischen und führt zu erheblichen Einschränkungen für die Bevölkerung. So steht im Postrechtsmodernisierungsgesetz, dass im Spannungsfall die Postbeförderung nur noch kriegswichtigen Personen und Institutionen vorbehalten ist – schleichend wird also ein militärisches Nützlichkeitsprinzip eingeführt, das sich im übrigen auch in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge wiederfindet.

In der Schule erleben wir schon jetzt, dass eine umfassende Bildung und Körperertüchtigung der Vorbereitung auf den Dienst an der Waffe weichen wird. Das Bundeswehrförderungsgesetz verpflichtet Lehrer dazu, Soldaten in den Unterricht einzuladen, es wird offen darüber diskutiert wird, im Sportunterricht den Weitwurf mit Handgranatentrappen zu trainieren oder Schüler – wie an der Leipziger Humboldtschule geschehen – erhalten Schulverweise bekommen, weil sie zur Kriegsdienstverweigerung aufrufen.

Aber auch im Bereich der Transport- und Verkehrswege könnte im Spannungsfall die Versorgung der breiten Bevölkerung erheblich eingeschränkt sein. Grundlage ist das sogenannte Verkehrssicherstellungsgesetz von 1965.

Darin wird die Deutsche Bahn dazu verpflichtet, eine bestimmte Verkehrsleistung für die Bundeswehr bereitzuhalten – während die Beförderungsbedingungen für uns immer unzuverlässiger werden. Im niederländischen Fernsehen lief zudem kürzlich eine Reportage über die „Drehscheibe Deutschland“, in der der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Marcel Bohnert, sagte, dass bei einem Spannungsfall an der Ostflanke über mehrere Monate unser Autobahn-, Schienen- und Hafennetz belegt sein wird, weil mehrere hunderttausende alliierte Truppenverbände und mehrere zehntausend Gefechtsfahrzeuge von West nach Ost einmal quer durch Deutschland geleitet werden müssen.

Besonders gut lässt sich die Einschränkung der Daseinsvorsorge aber im Gesundheitswesen erkennen, wo seit drei Jahren die zivilmilitärische Zusammenarbeit mit Hochdruck vorangetrieben wird. Und während die zivilmilitärische Zusammenarbeit zu Friedenszeiten dazu führt, dass im Rahmen der Amtshilfe Bundeswehrbetten zur Behandlung von Zivilisten bereitgestellt werden, verkehrt sich dieses Verhältnis im Kriegsfall in sein Gegenteil: die zivile Gesundheitsversorgung wird der breiten Bevölkerung entzogen und dem Militärsektor zur Verfügung gestellt. Das geht aus dem Grünbuch hervor,

dass die Bundesregierung Anfang des Jahres veröffentlichte; hier wird im Falle eines Krieges mit 1.000 verletzten Soldaten pro Tag gerechnet, die auch in zivilen Krankenhäusern versorgt werden sollen. Die medizinische Versorgung von Lungenentzündungen, Herzinfarkten, Schlaganfällen oder Krebserkrankungen dürfte weiter darunter leiden. Im Grünbuch wird bereits darauf hingewiesen, dass man die Bevölkerung darauf vorbereiten müsse, dass sie Einschränkungen hinnehmen müssen.

Aus diesem Grund ist es auch eine Illusion zu glauben, die 500 Milliarden Euro Sondervermögen werden nun dazu führen, dass endlich ausreichend Geld zur Verfügung steht, um kaputte Schuldächer zu reparieren, Pflegekräfte zu entlasten und flächendeckende Kita-Angebote zu machen. Das Gegenteil wird der Fall sein: Die soziale und öffentliche Infrastruktur wird weiter vor sich hinrotten, denn in der Zeitenwende wird auch die Investitionspolitik dem Primat der Außen- und Sicherheitspolitik untergeordnet – das heißt: das Sondervermögen wird dringend benötigt, um die öffentliche Infrastruktur kriegstüchtig zu machen. Zumal es dafür Begehrlichkeiten gibt: Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik hatte bereits letzten Sommer bemängelt, dass die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland derart marode ist, dass sie die Sicherheit Europas gefährden würde, weil sie die Militärbewegungen beeinträchtigt. Die Stadt Köln plant eine unterirdische Intensivstation und über das Schienenausbauprojekt „Rail Baltica“ soll die infrastrukturelle Anbindung Osteuropas an die NATO vorgenommen werden.

Die vierte Ebene ist die ökologische Zerstörung, die sich durch den Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitungskurs der Bundesregierung beschleunigen wird. Beim Abfeuern von Geschossen und Marschflugkörpern und beim Einsatz von Militärflugzeugen, Panzern, Kampffjets oder Militärschiffen werden enorme CO₂-Emissionen freigesetzt. Allein der F-35-Kampffjet stößt pro Stunde mehr CO₂ aus, als ein Deutscher im Jahr verursacht. Der niederländische Klimaforscher Lennard de Klerk hat errechnet, dass der Ukraine-Krieg allein im ersten Jahr 120 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente ausgestoßen.

Werden solche Emissionsquellen nicht abgeschaltet, lässt sich die Erderhitzung nicht stoppen.

Fünftens: Aufrüstung führt zu einer Einschränkung der Demokratie. Schon jetzt wird deutlich, dass die Unterordnung aller gesellschaftlichen Sphären unter die außenpolitische Linie der Bundesregierung den öffentlichen Meinungskorridor verengt. Nicht nur Journalisten, auch Personen des politischen Establishments wie Rolf Mützenich, Günter Verheugen, Ralf Stegner, Gerhard Schröder oder auch Angela Merkel wurden als Putinverstehler oder Moskaus fünfte Kolonne diffamiert, weil sie sich für diplomatische Lösungen aussprachen.

Hinzu kommt: Die Bundesregierung hat die alte Notstandsgesetzgebung wieder hervorgeholt und so verändert, dass sie erleichtert anwendbar ist. Teil des „Artikelgesetzes zur Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft“, das im Februar diesen Jahres vom Bundestag beschlossen wurde, ist beispielsweise das Arbeitssicherstellungsgesetz, das die Sicherstellung der Arbeitsleistung auch im Spannungsfall regelt. So können Beschäftigte, deren Tätigkeit der Versorgung der Bundeswehr oder verbünde-

ten Streitkräften dient, Beschäftigte in Betrieben, die Militärausrüstung oder die entsprechenden Dienstleistungen erbringen und Beschäftigte in Forschungsbereichen, soweit sie militärisch forschen, im Kriegsfall zur Sicherstellung ihrer Arbeitsleistung verpflichtet werden. In den regionalen Verwaltungsausschüssen der Arbeitsagenturen entstehen bereits die ersten Ausschüsse, an denen die Bundeswehr beteiligt ist, um die Geschäftsführung der regionalen Arbeitsagentur in Fragen des Arbeitszwangs im Kriegsfall zu beraten.

Dazu passt dann auch, dass es im Arbeitssicherstellungsgesetz heißt: „Durch Artikel 10 werden die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit, der Freiheit der Person, der Freizügigkeit, der freien Wahl des Arbeitsplatzes und des Schutzes vor Arbeitszwang eingeschränkt“.

Für uns Gewerkschaften heißt das: Es wäre ein Trugschluss zu glauben, wir könnten in den Betrieben die Mitbestimmung ausweiten, während die Gesellschaft immer autoritärer wird. Das zeigte sich kürzlich an den Ausführungen von Manfred Weber, dem Fraktionsvorsitzenden der Konservativen Parteien im Europäischen Parlament. Er forderte nicht nur, die Wirtschaft in Europa auf Kriegswirtschaft umzustellen – notfalls mit Mehrheiten von rechts. Er führte auch aus, was Kriegswirtschaft in seinen Augen bedeutet: „dass die Rüstungshersteller künftig am Wochenende im Schichtsystem arbeiten und Unternehmen, die bisher Industriegüter für zivile Zwecke hergestellt haben, künftig Waffen produzieren werden“. Geht es nach Weber, dann entscheidet der Staat über die wirtschaftliche Ausrichtung eines Unternehmens und der Staat ist es auch, der betriebliche Mehrarbeit anordnen kann – ganz unabhängig vom Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates in dieser Frage.

Die sechste und letzte Ebene ist die gestiegene Eskalationsgefahr. Wer genau hinsieht, der stellt fest, dass die zugespitzte Militarisierung weit über nationale Verteidigung hinausgeht – diese Militarisierung, die unsere Gesellschaft umbauen, unser Denken verändern und unseren Umgang miteinander umformen soll, entspricht einer Politik offener Kriegsvorbereitungen. Und wenn wir auf die Schlachtfelder der Geschichte schauen, dann waren es nie Verteidigungsminister, nie die Militärexperten, nie die Militärhistoriker oder die Rüstungsfabrikanten, sondern es waren immer die Industriearbeiter, die Elektriker, die Straßenbahnfahrer oder Metzger, die in die Kriege gezwungen wurden. Auf den Gedenksteinen für die im Ersten oder Zweiten Weltkrieg gefallenen Soldaten stehen deshalb unsere Namen. Auch deshalb haben wir als Gewerkschaften ein hervorgehobenes Interesse an einer friedlichen Welt.

Kolleginnen und Kollegen, erlaubt mir – auch in Anknüpfung an die von Ingar gestern skizzierte Krisendynamik – eine allerletzte Bemerkung. Friedrich Engels sagte einmal: „Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma: entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei.“ Rosa Luxemburg hat diese Formulierung aufgegriffen und nach der Konkretisierung gefragt: „Was bedeutet ein ‚Rückfall in die Barbarei‘ auf unserer Höhe der europäischen Zivilisation? Wir ha-

ben wohl alle die Worte bis jetzt gedankenlos gelesen und wiederholt, ohne ihren furchtbaren Ernst zu erahnen“.

Die gestiegene Weltkriegsgefahr heute als Ergebnis der systematischen Krise des Kapitalismus zu betrachten, bedeutet auch zu erkennen, dass als Antwort auf diese Krise derzeit zwei Lösungen auf dem Tisch liegen – beide liegen außerhalb des Kapitalismus, so wie wir ihn in der Nachkriegszeit erlebt haben – mit politischen Aushandlungsprozessen, mit ökonomischen Verteilungsspielräumen, mit dem Zugeständnis nach sozialer Absicherung.

Die eine Lösung ist der Rückfall in die Barbarei und wenn wir nach Gaza schauen, dann wird deutlich, dass ein Teil des herrschenden Blockes für diese Option offen ist – Männer, Frauen und Kinder werden innerhalb eines abgeriegelten Gebietes von Nord nach Süd und von Süd nach Nord gehetzt, Tag und Nacht bombardiert und schließlich ausgehungert, Eltern müssen ihren Kindern beim Verhungern zusehen und an den Lebensmittelverteilstationen wird auf die Menschen geschossen. Was wir in Gaza erleben, aber auch wie der Diskurs dazu insbesondere in Deutschland unterdrückt wird, ist ein Vorgesmack darauf, dass Teile des herrschenden Blocks zum Rückfall in die Barbarei bereit sind, wenn es ihren Interessen dient.

Wir sollten uns daher darüber bewusst sein, dass es zu dieser Barbarei eine Alternative gibt – die inspirierende Idee einer Gesellschaft, in der wir alle frei und gleich miteinander leben könnten, eine Idee, in der Klassenwidersprüche behoben, die Gefahr des Klimakollaps gebannt und die Kriegsgefahr beseitigt ist, eine Idee, die uns als Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung immer stark gemacht hat.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir alles dafür tun müssen, eine Friedensbewegung aufzubauen, die breit aufgestellt ist und jedem einen Platz bietet, dem Militarisierung, Kriegstüchtigkeit und Bombenterror zuwider sind. Aber es braucht in der Friedensbewegung auch einen starken Block von Sozialistinnen und Sozialisten, von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, von Kommunistinnen und Kommunisten, von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern und auch Christinnen und Christen, die die Menschen für die inspirierende Idee einer freien und gleichen Gesellschaft als notwendige Antwort auf die zunehmende Bereitschaft zur Barbarei und ihre unerhörten Versuche, dies als notwendige Drecksarbeit zu rechtfertigen, zu gewinnen.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit! Glück auf! ■

Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg

Die dritte Gewerkschaftskonferenz für Frieden fand dieses Jahr in Salzgitter statt. Es dürfte wohl die Ausnahme darstellen, dass eine IGM-Verwaltungsstelle für eine solche Konferenz ihre Gewerkschaftshaus und ihre personellen Kapazitäten zur Verfügung stellt. Ulrike Eifler, eine der Organisator:innen aus der Rosa-Luxemburg-Stiftung bedankte sich dafür in ihrer Begrüßungsrede: „Ich darf euch alle ganz herzlich zu unserer inzwischen dritten Gewerkschaftskonferenz für den Frieden hier in Salzgitter begrüßen – organisiert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit der IG Metall Salzgitter-Peine. Und lasst mich gleich zu Beginn ein riesiges Dankeschön an die Kolleginnen und Kollegen der IG Metall-Geschäftsstelle aussprechen, die uns nicht nur sehr herzlich empfangen, sondern in den letzten Wochen und Monaten alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, um diese Konferenz auf die Beine zu stellen.“

Stellvertretend für alle möchte ich mich vor allem beim 1. Bevollmächtigten Matthias Wilhelm bedanken, noch viel mehr aber bei der Kollegin Derya Rust, die der organisatorische und politische Anker für uns hier in Salzgitter war und damit ganz wesentlich zum Erfolg der Konferenz beigetragen hat. Matthias, Derya – es ist uns eine große Ehre, in der Geschäftsstelle Salzgitter zu Gast zu sein! [...] Kolleginnen und Kollegen, seit unserer letzten Konferenz in Stuttgart haben sich die Entwicklungen deutlich verändert. Wir reden heute nicht mehr „nur“ über den Krieg in der Ukraine. Sondern wir erleben seit über 20 Monaten ein furchtbares, ein grausames Vorge-



Ulrike Eifler (links) und Derya Rust

hen der israelischen Regierung gegen die palästinensische Zivilbevölkerung in Gaza. Ich weiß, wie schwierig diese Diskussion auch in unseren Gewerkschaften zuweilen geführt wird. Und deshalb ist es mir wichtig zu betonen, dass es richtig war, dass die Gewerkschaften nach 1945 – als der Mantel des Schweigens über die faschistischen Verbrechen ausgebreitet werden sollte – nicht geschwiegen haben; es war richtig, dass sie die kritische Diskussion über Kriegsverbrechen und Holocaust eingefordert haben; und es war richtig, dass sie durch den Aufbau von Patenschaften nach Israel eine wertvolle Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit geleistet haben. Und trotzdem und gerade deshalb ist es mir wichtig, deutlich zu machen, dass wir heute nicht schweigend daneben stehen dürfen, wenn eine ultrarechte Regierung eine Kollektivbestrafung an der palästinensischen Bevölkerung vornimmt – heute müssen wir uns an die Seite der israelischen Friedensbewegung stellen, die ein Ende der Bombardierungen in Gaza und ein Ende der Hungerblockade an der Bevölkerung fordert.“

Die Konferenz war aufgegliedert in verschiedene Schwerpunktthemen mit unterschiedlichsten Referent:innen.

Im ersten Themenblock

„Zeitenwende: Die Verschiebung der globalen Machtverhältnisse – ökonomisch, politisch und militärisch“

referierte **Ingar Solty**. Er charakterisierte die Weltordnung des „postliberalen Kapitalismus“, wie er die aktuelle Phase bezeichnete. Zunächst ging er ein auf die verschiedenen Etappen und die vier Krisen der kapitalistischen Ordnung. Die erste Krise verordnete er in die Jahre der Wirtschaftsdepression von 1875 bis 1893; die zweite war die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1939; die dritte die Krise des Fordismus 1967 bis 1979; seit 2007 befinden wir uns in einer langanhaltenden Dauerkrise, die bis heute nicht überwunden ist. In allen bisherigen Krisen wäre es dem Kapitalismus gelungen, sich den veränderten Bedingungen anzupassen. In jeder dieser Krisen hat sich der Kapitalismus ein neues Antlitz gegeben. Auch der Imperialismus und die Weltordnung haben sich verändert. Der Kapitalismus vor der Krise war mit dem Kapitalismus nach der Krise nicht zu vergleichen. Auch das erleben wir heute und wir müssen uns die historische Brisanz vor Augen führen.

Die ersten dieser Krisen endeten mit zwei Weltkriegen, und der dritten Krise verdanken wir den Neoliberalismus mit all seinen Folgeschäden, auch mit dem Aufstieg des Rechtsextremismus in den ehemals kapitalistischen Zentren, in denen wir leben. Es ist eine historisch brisante Situation. Wir müssen darüber reden, dass der Frieden bedroht ist, ohne daraus den Schluß zu ziehen, dass wir uns dagegen militärisch wappnen können. Das Militär ist es, das den Frieden bedroht.

Die Dauerkrise seit 2007 ist nicht nur eine Akkumulationskrise; sie hat weitere Dimensionen. Es ist zugleich

eine Krise der sozialen Reproduktion – wer kümmert sich um diejenigen, die noch nicht oder nicht mehr arbeitsfähig sind? Es ist eine Krise des sozialen Zusammenhalts, beschleunigt durch die vierte industrielle Revolution. Es ist eine Krise der Repräsentation, also des Vertrauensverlustes großer Bevölkerungsteile in die Funktionsfähigkeit der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie. Es ist auch eine Krise der Ökologie, denn der Kapitalismus ist ein auf unendliches Wachstum gepoltes System auf einem Planeten, dessen Ressourcen begrenzt sind. Und natürlich ist es auch eine Krise der Weltordnung: Die von den USA geschaffene Weltordnung ist nicht mehr aufrecht zu erhalten. Der relative Abstieg einer alten Hegemonialmacht und der ökonomische Aufstieg einer neuen Hegemonialmacht haben immer zu Konflikten geführt. Die Aufgabe ist es, aus einer multipolaren Welt eine multilaterale Ordnung zu machen, die die Risiken eingrenzt. Dazu gehören Abrüstung und Rüstungskontrollvereinbarungen.

Auf die Frage, welche kapitalistische Staatsform die heutige Krise hervorbringen wird, erläuterte Ingar Solty: Vergewärtigen wir uns, Kapitalismus ist nicht, wie uns die Neoliberalen weismachen wollen, das gleiche wie Demokratie, und Marktwirtschaft führt nicht zur Demokratie. Im Gegenteil, die Marktwirtschaft produziert die Bedingungen für den Faschismus. Der Kapitalismus war immer kompatibel mit liberalen als auch autoritären Herrschaftsformen. Franz Neumann hat mal gesagt, der bürgerliche Staat war immer so liberal oder autoritär, wie es die Interessen des Großbürgertums erforderlich machen. Wir müssen uns fragen: Was sind diese Interessen heute und welche Staatsformen und welche Weltordnung werden sie hervorbringen?

Wir stehen vor dem Ende der 500jährigen Dominanz des Euroatlantiks. Der Aufstieg des globalen Südens und Chinas ist unaufhaltsam. Aber es gibt Kräfte, die versuchen, ihn aufzuhalten. Bisher sind alle diese Bestrebungen gescheitert. China ist ein welthistorisches Novum. Wir haben es mit einem Land zu tun, das kolonisiert war und das es geschafft hat, die Kolonisierung zu überwinden. China ist das gelungen, woran die Sowjetunion scheiterte, d.h. anzuschließen auf den wirtschaftlichen Stand des Westens. China war mal die verlängerte Werkbank. Heute ist es ein Hochtechnologie-Rivale, der einen alternativen Modernisierungspfad anbietet. Es ist ebenbürtig in modernen Zukunftstechnologien. Die USA haben den Aufstieg Chinas kommen sehen. Ihre erste Strategie richtete sich zunächst gar nicht gegen China, sondern gegen die EU. Es war die Zeit, in der sich die EU nach Osten ausdehnte, zum größtem Wirtschaftsraum der Welt wurde und sich mit dem Euro eine eigene Währung als Alternative zum Dollar gab. Dagegen wollten die USA sich die Energievorkommen im Irak sichern im Wissen, dass alle Industrienationen darauf angewiesen sind. Es endete im Desaster, welches die USA im Irak hinterlassen haben. Ohne eine derart destabilisierte Region hätte es den Aufstieg des IS nicht gegeben. Ohne den IS hätte es keine so große Fluchtbewegung aus dem Nahen Osten gegeben und ohne eine solche Fluchtbewegung nicht den Aufstieg des Rechtsextremismus.

Die zweite Strategie bestand im Abschneiden der Seewege, weil 80% des chinesischen Exports über den See-

weg verlaufen ist. China hat darauf reagiert, die neue Seidenstraße hat die Handelswege auf die eurasische Landmasse verlagert; sie haben sich mit dem chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridor einen direkten Zugang zum Indischen Ozean verschafft. Vor allem haben sie die binnenwirtschaftliche Orientierung angekurbelt, um sich unabhängiger zu machen vom Export auf den europäischen und nordamerikanischen Binnenmarkt.

Dann kam die erste Amtszeit von Donald Trump, in der die USA versuchten China abzukoppeln vom Technologie- und Halbleitermarkt, die China noch nicht selbstständig produzieren konnte. Auch der Versuch, China zu einem Abbau seiner Staatsinvestitionen zu drängen, blieb ergebnislos. So blieb nichts weiter übrig, als zu versuchen, China mit seinen eigenen Mitteln zu schlagen. Wir haben diese Nachahmungsstrategie erlebt unter Biden, mit dem „chips and sciences act“, mit den großen konjunkturpolitischen Maßnahmen von 5,9 Billionen Dollar, die die USA ausgeben wollten für Klimaschutz und dergleichen. Wir haben es in der BRD erlebt mit der Umwidmung des Corona-Fonds in den Klima- und Transformations-Fonds als auch mit der Anlockung von Investitionen in Silicon-Saxonia (Intel in Magdeburg, TSNC in Dresden). Die Versuche China mit seinen eigenen Waffen zu schlagen haben nicht funktioniert, sind gescheitert. Entscheidend ist, dass ein System, das sich in China in Jahrzehnten aufgebaut hat und den Staat als Planungsinstrument nutzen kann, sich nicht einfach in eine anderes, liberal-parlamentarisches System übertragen lässt. Das man damit gescheitert ist, zeigen die Schutzzölle. Sie sind das Eingeständnis, dass man nicht mehr konkurrieren kann, beispielsweise mit chinesischen Elektro-Autos. Wenn es uns schon nicht mehr gelingt, auf dem chinesischen Markt verstärkt unsere Autos abzusetzen, dann verhindern wir doch wenigstens, dass chinesische Modelle auf den europäischen Markt drängen.

So erleben wir heute, dass China der letzte Verteidiger der Welthandelsorganisation (WTO) ist. Die WTO ist mal geschaffen worden, um westliche Konzerninteressen in der Welt durchzusetzen, eine Welthandelsordnung im Interesse der exportstarken Nationen. China hatte 2001, als es unter harten Bedingungen aufgenommen wurde, ein Pro-Kopf-Inlandsprodukt von Haiti. Heute steht es da, wo es ist. Irgend etwas ist aus der Perspektive westlicher Konzerne schiefgelaufen. Schlimmer noch, mittlerweile erleben sie mit der Gründung von BRICS+, dass die Länder des globalen Südens gelernt haben, sich an die chinesische Industrialisierung anzudocken. Zwei Beispiele – es gibt hunderte davon –: erstens Simbabwe. Es ist bereit ausländische Investoren zum Abbau von Lithium ins Land zu holen, aber nur zu der Bedingung, dass die Weiterverarbeitung in Simbabwe stattfindet, das Know-how also im Land verbleibt. Das zweite Beispiel betrifft einen ehemals engen Verbündeten der USA, Südkorea. Ingar Solty hat mit dem Berater des Ex-Präsidenten Moon gesprochen und folgende Erklärung erhalten: Wir wollen nicht, dass ihr im Westen uns die Pistole auf die Brust setzt und fordert, entscheidet euch für Ost oder West, denn wir sind mit beiden Blöcken wirtschaftlich verbunden.

Die Länder des globalen Südens haben aus dem Konflikt, die Israel im Nahen Osten schürt, Folgendes ge-



Aufmerksame Zuhörer:innen

lernt: Du brauchst eine Atombombe, um nicht zum Opfer militärischer Aggression zu werden. Nordkorea wird nicht angegriffen, weil es über die Atombombe verfügt.

Wir im Westen stehen vor der Alternative: Erkennen wir die multipolare Welt an und versuchen mit entsprechenden Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen den Risiken einer multipolaren Welt entgegenzuwirken oder setzen wir weiterhin auf eine verstärkte Blockkonfrontation? Die Aufrüstung in den westlichen Ländern der „regelbasierten Ordnung“ deuten auf eine Fortsetzung der Konfrontation hin. Treibende Kraft dabei sind die USA, die mit der Aufgabe ihrer „Ein-China-Politik“ und der verstärkten militärischen Präsenz die Abtrennung Taiwans von China vorantreiben. Dies wird eine militärische Reaktion der Volksrepublik hervorrufen, dessen Führung angekündigt hat, eine Unabhängigkeit Taiwans zu verhindern. Genau so wenig wie die amerikanische Regierung während der Kuba-Krise die Stationierung von Mittelstreckenraketen vor ihrer „Haustür“ verhindert hat, wird auch die Volksrepublik China eine ähnliche Entwicklung auf Taiwan nicht widerstandslos über sich ergehen lassen. Gegen den erwartbaren Propagandafeldzug über den chinesischen Aggressor sollten wir schon heute über die Vorgeschichte informieren, so Ingar Solty.

Der Aufstieg des Rechtsextremismus, die Übernahme der Regierungsgeschäfte in zahlreichen Staaten durch rechtsextreme Parteien und/oder Koalitionen gehöre mittlerweile zu einem Wesensmerkmal des „postliberalen Kapitalismus“, wie Solty erläuterte. Einher gingen verstärkte Entscheidungen über oder gegen den „Souverän“, dem dafür vorgesehenen gesetzgebenden bürgerlichen Parlament. Die Verselbständigung der Regierung zeigte sich auch in der BRD, etwa in der Abstimmung über den Sonderfonds für Aufrüstung und Infrastruktur, zu dem das alte, abgewählte Parlament noch einmal eigens einberufen wurde.

Die Vertretung des Rechtsextremismus, die AfD, bewegt sich im Eiltempo auf die Positionen der „demokratischen Mitte“ zu. So ist die Stärkung der Bundeswehr längst Konsens, Alice Weidel war eine der ersten, die die Übernahme der 5%-Forderung für Rüstungsausgaben

durch die USA befürwortete. In der Unterstützung des israelischen Völkermords ist sich die AfD mit der Regierung ebenso einig wie bei der Bekämpfung des „Antisemitismus“, den sie wie die Bundesregierung hauptsächlich unter Kritikern der israelischen Kriegsführung ausmacht.

Gegen die wachsenden Gefahren von Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und autoritär-repressiven Maßnahmen helfe nur der Aufbau eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses, das vor allem auch die Lohnabhängigen und gewerkschaftliche Initiativen umfassen sollte. Die dritte Friedenskonferenz war die Fortsetzung der bisherigen gewerkschaftlichen Friedenstreffen in Hanau und Stuttgart. Die Zukunft wird zeigen, wie erfolgreich sie beim Aufbau einer antimilitaristischen Bewegung werden können.

Der zweite Themenblock behandelte das Thema: **„Kanonen UND Butter? Wie wirkt sich die Aufrüstung auf Konjunktur und Sozialstaat aus?“**

„Den Einstieg machte ver.di-Chefökonom **Dierk Hirschel**. Er betonte gleich zu Beginn, dass man mit der gigantischen Summe, die zukünftig für Aufrüstung ausgegeben werden soll, „die gesamte Armut dieser ganzen Welt beseitigen könnte.“ Sehr detailliert entlarvte Hirschel die zwei großen Lügen, die derzeit vehement wiederholt werden: Investitionen in die Rüstung würden für Wachstum sorgen und trotz starker Aufrüstung könne der Sozialstaat erhalten werden. Für ihn sind Militärausgaben aus ökonomischer Sicht keine Investitionen, sondern „totes Kapital“, die keine Erträge abwerfen und zu keiner wirtschaftlichen Entwicklung führen. Jeder Euro für die Rüstung, so Hirschel, fehle bei Kitas, in der Pflege, in Krankenhäusern und anderswo. Der Schuldendienst für die hohen Militärausgaben verschlinge Milliarden, allein bis 2029 seien es 100 Milliarden Euro Schulden- und Zinstilgung bei einem Bundeshaushalt von zurzeit 470 Milliarden Euro.“¹

1 Aus: UZ Nr. 29, 18. Juli 2025



Lebhafte Diskussionen auch in den Pausen vor dem Gewerkschaftshaus in Salzgitter

In den dritten Themenblock führte die Jugend ein unter dem Titel: „Keine Zukunft im Atomzeitalter! Jugend aktiv gegen Krise und Krieg!“

„Den Abschluss des Tages bildete das Jugendpodium (ein Novum gegenüber Hanau und Stuttgart). Yusuf As von der DIDF-Jugend, Andrea Hornung, SDAJ – Bundesvorsitzende, Henrik Torbecke, Jugendvertreter und Mitglied im IGM – Ortsjugendausschuss, und Cem Ince, junger neugewählter Bundestagsabgeordneter für Die Linke aus dem Volkswagenwerk in Salzgitter, diskutierten miteinander und mit dem Publikum, wie die Jugend aktiv gegen Krise und Krieg werden kann bzw. ist.

Andrea erinnerte eingangs an Karl Liebknecht, der sich für den Kampf der Arbeiterjugendbewegung gegen Militarismus und Krieg einsetzte, in dessen Tradition sich die SDAJ sieht und dementsprechend gegen Bundeswehroffiziere an Schulen und bei Bildungsmessen vorgeht. Die SDAJ war auch Mitinitiatorin der Petition gegen die Wiederanwendung der Wehrpflicht. Mittlerweile habe die Angst vor einem Krieg bei der Jugend die Befürchtungen vor einem Klimawandel überflügelt.

Henrik bedauerte, dass sich die IG Metall zu wenig offensiv in die Debatte um die Umstellung von Friedens- in Rüstungsproduktion einbringe. Kollegen, die Angst vor Arbeitsplatzabbau haben, fragen, warum nicht in Rüstung investiert werde – darauf müssen die Gewerkschaften reagieren, die Befürchtungen der Kollegen ernst nehmen und wieder an die frühere Tradition der Konversionsdebatte anknüpfen (ein Workshop am Samstag beschäftigte sich mit der Konversionsfrage). Er wies auch darauf hin, dass die gesellschaftliche Rechtsentwicklung durch die Militarisierungs- und Aufrüstungsdiskussion gefördert wird – wer also „gegen Rechts“ aktiv werden will, muss sich auch gegen den Kriegskurs wehren.

Yusuf stellte fest, dass ein Teil der Jugend, auch der migrantischen Jugend, in der Bundeswehr einen attraktiven Arbeitgeber sieht. Wenn beispielsweise VW 35.000 Arbeitsplätze abbaut, dabei die Zahl der Ausbildungsplätze halbiert, steigt der Druck auf junge Menschen, sich bei der Bundeswehr zu verpflichten, dort eine Ausbildung zu bekommen und sich den Lebensunterhalt verdienen zu können. Er erinnerte auch an die Rolle der ver.di-Jugend auf dem letzten ver.di-Bundeskongress, die sich vehement für Waffenlieferungen an die Ukraine ein-

setzte, vielleicht auch aus dem Gefühl heraus, damit solidarisch mit einem angegriffenen Land zu sein.

Cem Ince stellte fest, dass die Linke die einzige Friedenspartei im Bundestag sei, sie aber auch Druck von der Basis brauche, um diese Aufgabe auch erfüllen zu können. Wichtig sei, dass der wahre Kampf auf der Straße und in den Betrieben geführt werde.

In einer lebhaften Diskussion wurde viel über Erwartungen an Die Linke als Partei gesprochen, die sich auch durch den Eintritt vieler neuer junger Mitglieder verändere. Dabei wurde oft der internationale Aspekt und die Notwendigkeit internationaler Solidarität herausgestellt. Wenn man die Friedensfrage in die Betriebe trage, dürfe man nicht vergessen, dass sich das Bewusstsein nicht allein durch Aufklärung, sondern vor allem in und durch Kämpfe verändere.

Auf den in manchen Diskussionsbeiträgen hergestellten Gegensatz zwischen Gewerkschaftsführung und Basis wurde entgegnet, dass die Konflikte gerade in der Friedensfrage quer durch die ganze Mitgliedschaft gehen; auch zeige die starke Beteiligung von (haupt- und ehrenamtlichen) Gewerkschaftern an der Konferenz, dass der Konflikt damit nicht richtig erfasst ist.

Die engagierte Diskussion auf dem Podium wie auch die vielen guten Beiträge aus dem Publikum, viele von jungen Teilnehmer/innen, machen Mut, dass die friedensbewegten Gewerkschafter/innen nicht aussterben, sondern immer wieder Junge nachrücken. 250 Anwesende und über 900, die sich den Livestream anschauten, übertrafen die Zahlen der letzten Konferenz in Stuttgart.²

Der zweite Tag der Konferenz wurde geprägt durch das Referat von **Ulrike Eifler**³ „Die Zeitenwende ist ein Frontalangriff auf die Interessen der Beschäftigten“ und der anschließenden Diskussion mit **Doris Heinemann-Brooks** (Bundesvorsitzende der ver.di-Senioren, Hamburg), dem Journalisten **Sebastian Friedrich** und dem **MdB Jan Dieren** (SPD).

Doris Heinemann-Brooks führte zu den letzten Tarifverhandlungen aus (Schlichter war der ehem. hessische Mi-

2 Aus: <https://www.kommunisten.de/rubriken/aus-den-bewegungen/9285-3-konferenz-den-frieden-gewinnen-nicht-den-krieg-norbert-heckl-berichtet>

3 Siehe Artikel auf Seite 1: „Die Zeitenwende ist ein Frontalangriff auf die Interessen der Beschäftigten“

nisterpräsident Roland Koch): Es gab zwei vergiftete Bestandteile im Angebot, die leider auch angenommen wurden: Zum einen die freiwillige Erhöhung der Arbeitszeit auf 42 Wochenstunden, obwohl die Beschlusslage von ver.di die Reduzierung der Arbeitszeit vorsieht.

Die zweite Kröte, die wir akzeptiert haben, die Azubi-Übernahme findet statt, „sofern nicht im Einzelfall personenbedingte, verhaltensbedingte, betriebsbedingte oder gesetzliche Gründe entgegenstehen“ (ich zitiere den entsprechenden Passus). Damit wurde der Willkür Tür und Tor geöffnet. Was personenbedingte oder gesetzliche Gründe darstellen werden, können wir uns leicht ausrechnen.

Doris verwies auf die neue gesetzliche Arbeitszeitregelung, die zahlreiche Verschlechterungen mit sich bringe. Zugleich wurde ein Abbau von Stellen im öffentlichen Dienst angekündigt mit Ausnahme sicherheitsrelevanter Bereiche. Im Klartext: Weniger Beschäftigte müssen in längerer Arbeitszeit mehr leisten. Das führt in Hamburg schon heute dazu, dass die Bezirksämter für die Bearbeitung von Wohngeldanträgen sechs bis acht Monate brauchen. Diese Beispiele ziehen sich durch den gesamten öffentlichen Dienst und die Daseinsvorsorge. So müssen immer weniger Erzieher:innen immer mehr Kinder betreuen, die Liste lässt sich beliebig fortsetzen.

Zu den Senioren führte Doris aus: Wir haben jetzt bereits von den 21 Millionen Rentner:innen 38% die erwerbstätig sind, weil ihre Bezüge nicht zum Leben reichen. Sie arbeiten zumeist in Minijobs. Etwa 20% der über 65-Jährigen sind von Armut bedroht. Es ist ein absoluter Skandal in einem so reichen Land. Statt die Armut zu überwinden, werden immer höhere Aufwendungen in Aufrüstung und Kriegsvorbereitung gesteckt. Bisher gibt es in der Breite der Gesellschaft noch keine Bereitschaft, auf die Straße zu gehen. Die Hamburger Seniorinnen und Senioren (von ver.di) sind sehr aktiv. Einer der wesentlichen Aspekte, die wir in letzter Zeit herausgearbeitet haben, ist, dass wir uns nicht ausschließlich auf die Gewerkschaften verlassen können, sondern breitere Bündnisse anstreben müssen.

Der Journalist Sebastian Friedrich erläuterte, weshalb die Berichterstattung in den bundesdeutschen Medien so einheitlich und einseitig ausfällt. Zahlreiche und selbst kritische Journalisten fürchteten Nachteile für ihre Karrieren, wenn sie gegen die Vorgaben der Redaktionsleitungen und gegen den Mainstream argumentieren.

Der Bundestagsabgeordnete Jan Dieren erläuterte, warum er als einziger SPD-Abgeordneter im Bundestag gegen die Sondervermögen (für Aufrüstung und Infrastruktur) gestimmt habe. Die inhaltlichen Begründungen hätten ihn nicht überzeugt. Er wies außerdem darauf hin, dass diese Sondervermögen allen folgenden Regierungen der nächsten Jahre zur Verfügung stehen, auch möglichen AfD-Regierungen. Darin sehe er eine große Gefahr.

Das Abschlussplenum „Gegen Kriegstüchtigkeit und Raketenstationierung in Deutschland und Europa!“

war prominent besetzt mit: **Ralf Stegner**, MdB SPD, **Özlem Demirel**, MdEP Die Linke, **Petra Erler**, ehem. Staats-

sekretärin und Autorin, **Markus Hulm**, 2. Bevollmächtigter IG Metall Salzgitter-Peine, **Ole Nymo**, Podcaster
„Petra Erler, ehemals Staatssekretärin, schilderte die Erfahrungen der Friedensbewegung der 1980er Jahre und machte deutlich, wie nahe man damals einem Atomkrieg war. Özlem Demirel, die die Linkspartei im EU-Parlament vertritt, berichtete über die Vorbereitungen der EU auf die Neuaufteilung der Welt. Militarisierung habe zwei Seiten: Expansion nach außen und Repression nach innen. Krieg und Frieden müsse als Klassenfrage betrachtet werden. Sie forderte das sofortige Ende der militärischen Unterstützung von Israel durch Deutschland und die USA. Markus Hulm, 2. Bevollmächtigter der IG Metall Salzgitter-Peine, betonte, dass die Debatte mit den Beschäftigten gemeinsam geführt werden müsse. Der Podcaster Ole Nymo bekräftigte seine Haltung gegen die Wehrpflicht und schilderte, wie die sozialen Medien junge Menschen radikalisierten. Ralf Stegner, Bundestagsabgeordneter der SPD und Mitinitiator des Friedensmanifests, sagte, dass jeder das Recht habe, in Frieden zu leben – ohne Hass, Zerstörung, Angst und Tod. Ihm war wichtig, wieder Klarheit darüber zu schaffen, was Krieg bedeute. Fazit und Konsens in der Abschlussdebatte waren eindeutig: Wir müssen die Friedensbewegung zu einer breiten gesellschaftlichen Kraft machen. Wir müssen die Debatten in die Betriebe tragen und mit den Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch kommen. Die Gewerkschaften müssen Teil und Kern der Friedensbewegung werden.“⁴

Hoffnungen und Fazit von der dritten Gewerkschaftlichen Friedenskonferenz⁵

Die Beteiligung, vor allem von jüngeren Kolleginnen und Kollegen, macht Hoffnung auf eine erfolgreiche Fortsetzung gewerkschaftlicher und friedenspolitischer Aktivitäten. Als eine der schwierigsten Diskussionen, die uns zunehmend bevorstehen, sind die Übernahmen von Automobil- und deren Zulieferbetrieben durch Rüstungskonzerne. Die Masse der Beschäftigten sieht darin die nicht unberechtigte Hoffnung auf eine zumindest kurzfristige Sicherung ihrer bedrohten Arbeitsplätze. Innerhalb der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse bleiben die Kolleginnen und Kollegen von den Entscheidungen des Kapitals abhängig, um ihre Arbeitskraft verkaufen zu können. Deshalb ist es die Aufgabe klassenbewusster und gewerkschaftlicher Kräfte, den Flügel der Friedensbewegung zu stärken, der eine Perspektive jenseits der gegenwärtigen Eigentumsordnung anstrebt. Nur jenseits der Standortlogik, ohne Konkurrenz von Nationen oder deren Bündnisse um Absatzmärkte, Rohstoffe und geostategische Einflussphären ist eine dauerhafte Friedenslösung denkbar.⁶

⁴ Aus: UZ Nr. 29, 18. Juli 2025

⁵ Zu den ersten beiden gewerkschaftlichen Friedenskonferenzen siehe Arbeiterpolitik:

<https://arbeiterpolitik.de/2023/07/gewerkschaftliche-friedenskonferenz-in-hanau/>

<https://arbeiterpolitik.de/2024/07/waffen-runter-loehne-raufzweite-friedenspolitische-gewerkschaftskonferenz-in-stuttgart/>

⁶ Siehe Interview mit Cem Ince S. 10

Zur Notwendigkeit einer antimilitaristischen Gegenmacht in Gewerkschaft und Betrieb

Wir verlinken/veröffentlichen das Interview mit Cem Ince in „Licht & Luft, Zeitschrift für marxistische Debatte und Einheit“. Es behandelt die Ergebnisse der dritten gewerkschaftlichen Friedenskonferenz und die Konsequenzen für die Arbeit in den Betrieben und der IG Metall.

Für die Zeitschrift schreiben überwiegend Menschen, die in der Partei DIE LINKE organisiert sind. In ihrem Selbstverständnis sehen sie sich „als Teil einer wachsenden Strömung innerhalb des Marxismus und der breiten politischen Linken, die eine tiefere Beschäftigung mit dem strategischen Erbe der revolutionären Sozialdemokratie und der frühen kommunistischen Bewegung anstrebt.“¹ Was dies konkret bedeutet, wird sich in den weiteren Debatten herausstellen müssen.

**Vorab von Bertolt Brecht, „Brief an die deutschen Künstler und Schriftsteller“, 26. September 1951:
„Werden wir Krieg haben? Wenn wir zum Krieg rüsten, werden wir Krieg haben.“**

Licht und Luft; Letztes Wochenende hat in Salzgitter die dritte Gewerkschaftskonferenz für den Frieden stattgefunden. Sie wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit der IG Metall Salzgitter-Peine organisiert. Zum Einstieg vielleicht erst einmal eine Frage dazu: Welche Bilanz ziehst du aus dieser Konferenz? Welche Fragen und Diskussionen waren für dich zentral?

Cem Ince: Es war beeindruckend zu sehen, wie viele Kolleg:innen, wie viele Genoss:innen, wie viele Gewerkschafter:innen zusammengekommen sind, um für Frieden und gegen den Militarisierungskurs einzustehen. Die Konferenz hat für diese Fragen einen Ort der Diskussion und des Austausches geschaffen, den viele sonst so nicht haben. Mir hat das nicht nur Kraft, sondern auch ein Gefühl von Stärke gegeben – und ich denke, vielen der Teilnehmenden erging es ähnlich.

Zentrale Themen waren für mich unter anderem die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft, der Völkermord in Gaza, der Krieg in der Ukraine und die Konflikte im Sudan und im Kongo. Als Gewerkschafter und VW-Arbeiter ist mir auch die fortschreitende Konversion der Auto- zur Rüstungsindustrie ein großes Anliegen. Ich mache mir Sorgen um die betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Sobald ihre Einkommen von der Rüstungsindustrie abhängen, haben wir verloren.

Wie schätzt du die politische Lage innerhalb der IG Metall in Bezug auf die Themen Aufrüstung, Militarisierung und den damit einhergehenden industriellen Umbau ein? Welche zentralen Konfliktlinien gibt es und welche Positionen setzen sich derzeit in der Gewerkschaft durch?

Die IG Metall ist in dieser Frage gespalten. Ein Teil vertritt die friedenspolitische Perspektive. Ich bin dankbar, dass die IG Metall Salzgitter-Peine beispielsweise dazu gehört und auch den Mut hat, diese Position nach außen zu tragen und Konferenzen wie diese zu organisieren. Das haben auch schon andere Geschäftsstellen getan. Ich habe die Hoffnung, dass sich in den nächsten Jahren noch viele weitere Geschäftsstellen anschließen werden. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass ein großer Teil in der IG Metall dieser Entwicklung bisher passiv gegenübersteht und ein Teil den industriellen Umbau für das Militär sogar befürwortet. Diese Fürsprecher haben ja auch nicht Unrecht, wenn sie auf die gut bezahlten Arbeitsplätze verweisen. Schließlich locken die Rüstungsunternehmen genau damit.

Trotzdem glaube ich, dass die meisten Kolleginnen und Kollegen eigentlich nicht in der Rüstungsindustrie arbeiten möchten. Wenn sie aber vor die unbequeme Wahl gestellt werden, ihren Job zu verlieren oder eben Waffen zu produzieren – und genau auf diese Situation laufen wir zu –, dann habe ich Verständnis, wenn sie letzteres wählen. Sie haben Familien zu versorgen und Häuser abzuzahlen. Aber dann werden wir es mit unseren Positionen innerhalb der Gewerkschaft noch schwerer haben, sie zu überzeugen. Dann haben wir sie erst einmal verloren.

Es bleibt also keine Zeit zu verlieren. Wir müssen immer wieder deutlich machen, was auf dem Spiel steht. Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie sind nur vermeintlich eine Lösung gegen die strukturellen Umbrüche und den drohenden Arbeitsplatzverlust in den traditionellen Industriezweigen. Die Militarisierung der Gesellschaft geht mit zunehmendem Autoritarismus – auch in den Betrieben – einher, ergo weniger Mitbestimmung und schlechteren Arbeitsbedingungen für alle. Im Namen der Aufrüstung bleibt weniger Geld für Soziales und für dringend benötigte Investitionen in Bildung und Gesundheit. Investitionen also, von denen die gesamte Gesellschaft profitiert und nicht nur dazu dienen, dass Panzer in Zukunft besser über Straßen und Brücken rollen. Natürlich entfernt uns die Aufrüstung auch immer weiter von unseren Klimazielen und ist dazu noch nicht einmal wirtschaftlich vernünftig. Dauerhaft kann dieser Kurs nicht funktionieren. Und nicht zuletzt bedeutet die angestrebte „Kriegsfähigkeit“, dass ein tatsächlicher Krieg immer wahrscheinlicher wird. Ich glaube, das ist vielen noch gar nicht so bewusst.

Wir müssen denjenigen in der IG Metall, die das durchschauen, den Rücken stärken. Konferenzen wie diese sind notwendig, um einander zu zeigen: Ihr seid nicht allein. Lasst uns nicht aufgeben. Lasst uns gemeinsam kämpfen!

Wie ist die Stimmung in den Betrieben, die von diesem industriellen Umbau eventuell betroffen wären, oder es bereits sind? Vor allem im gegenwärtigen Kontext mög-

1 Aus „Licht & Luft, Wer wir sind – Was wir wollen“

licher Werksschließungen, unter anderem in der Automobilindustrie?

Die Stimmung ist nicht gut. Mein Eindruck ist, dass die wenigsten Kolleginnen und Kollegen tatsächlich für ein Rüstungsunternehmen arbeiten möchten. Im VW-Werk in Osnabrück ärgern sich viele Menschen, dass genau das nun im Raum steht. Denn in den letzten Monaten hat es seitens der Konzernspitze wiederholt Andeutungen in diese Richtung gegeben. Dabei hat die Belegschaft noch im Dezember finanzielle Einschnitte für Beschäftigungs- und Standortsicherungen bis 2030 in Kauf genommen. Es gibt dort den vom Betriebsrat Lars Hirsekorn und anderen Arbeiter*innen angestoßenen Aufruf „Wir wollen bei VW nicht den Tod produzieren“. Auch die IG Metall vor Ort und die Vertrauenskörperleitung diskutieren das Thema kritisch.

Solche Initiativen begrüße ich sehr. In Osnabrück müssen wir nun dafür kämpfen, dass echte Alternativen für den Standort Gehör finden. Das ist natürlich nicht leicht, denn die Rüstungskonversion wird ja auch politisch forciert. Es braucht daher nicht nur gute Ideen, sondern auch den Druck von der Straße.

Das Gleiche gilt besonders auch für Werke, in denen die Situation bereits aussichtslos erscheint und die Belegschaften daher kaum Widerstand leisten. Ich habe Verständnis für ihre Situation. Ihnen müssen wir echte Alternativen aufzeigen. Deswegen betone ich immer wieder, dass wir eingreifen müssen, bevor es zu spät ist. Das erfordert eine starke Gegenbewegung, und zwar am besten schon gestern.

Welche Möglichkeiten siehst du, gegen die Aufrüstungspirale und Militarisierungstendenzen gewerkschaftlich und klassenpolitisch vorzugehen? Welche Rolle schreibst du dabei der politischen Linken und insbesondere der Partei Die Linke zu?

Gewerkschaften sind eine relevante und starke gesellschaftliche Stimme. Wenn wir es schaffen, dass sich die Position in den Gewerkschaften wieder durchsetzt, dass Aufrüstung und Militarisierung den Interessen der Arbeiterbewegung zuwiderlaufen, dass sich Krieg immer gegen die arbeitende Klasse richtet, dann können wir eine echte Gegenmacht aufbauen.

Gleichzeitig finde ich es enorm wichtig, die Bewusstseinsbildung und die Solidarisierung zwischen jungen Menschen und der arbeitenden Klasse voranzubringen. Diese beiden Gruppen haben einerseits am meisten zu verlieren und andererseits ist Krieg ohne ihre Beteiligung nicht zu machen. Ein gewisses Bewusstsein scheint bereits vorhanden zu sein. So sehen junge Menschen die Wiedereinführung der Wehrpflicht im Schnitt viel kritischer als ältere Generationen. Daran müssen wir anknüpfen.

Die Partei Die Linke muss mit ihrer Struktur und ihren Ressourcen einerseits die klassenpolitische Solidarisierung und Mobilisierung unterstützen und fördern, und andererseits die Möglichkeit, als Fraktion im Bundestag parlamentarischen Druck auf die Regierung auszuüben, stärker nutzen. Dafür setze ich mich persönlich ein. Es braucht aber auch den Druck und die Unterstüt-

zung von außen, von der Straße, von der politischen Linken und von der Basis der Partei.

Wie könnte die Partei schließlich die Brücke zur IG Metall und zu den Gewerkschaften allgemein in dieser Frage stärken?

Die Friedenskonferenz in Salzgitter hat friedensbewegten Kolleginnen und Kollegen, die in ihrem Umfeld oft isoliert mit ihrer Meinung sind, die Möglichkeit gegeben, sich zu treffen, sich miteinander auszutauschen und Kraft aus dem Gemeinsamen zu gewinnen. Es braucht genau solche Kooperationen zwischen Gewerkschaften, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Partei Die Linke und gerne auch weiteren Akteuren, um fortwährend solche Räume zu kreieren, Vernetzung und Austausch zu ermöglichen und letztendlich den Rahmen für eine breite Mobilisierung zu schaffen.

Aus „Licht und Luft“, 27. Juli 2025 ■



Gegen den israelischen Genozid in Gaza



Imposant, das lange Transparent, das an dem grauen, regnerischen Nachmittag des 12. Juli auf dem Vorplatz des Rathauses in Salzgitter-Lebenstedt ausgerollt war. Dort begann mit einer kurzen Kundgebung die Demonstration gegen den israelischen Völkermord in Gaza. Auf dem Transparent eine lange Liste der Namen von ermordeten Kindern mit den Angaben ihres Alters, als sie der israelischen Soldateska zum Opfer fielen.

Die Kundgebung begann kurz nach dem Ende der gewerkschaftlichen Friedenskonferenz. So konnten einige der Teilnehmer:innen, die noch nicht ihre Rückreise antreten mussten, noch daran teilnehmen. Özlem Demirel, Abgeordnete der Linkspartei im Europaparlament, und Cem Ince, der für die Linkspartei im Bundestag sitzt, solidarisierten sich in ihren Grußbotschaften mit dem Kampf des palästinensischen Volkes gegen ihre Vertrei-

bung und kritisierten die militärische und politische Unterstützung der Bundesregierung für Israel.

Was mich an Berlin erinnerte, war die ellenlange Liste von verbotenen Symbolen, Spechchören und Losungen, welche den anmeldenden Personen polizeilich auferlegt worden waren und die vor Beginn verlesen werden mussten. Erst danach durfte die Kundgebung beginnen und die Teilnehmer:innen sich auf den Marsch durch die Stadt begeben. Polizeiliche Auflagen und staatliche Repression sind nicht nur in der Hauptstadt mit ihrer großen palästinensischen Gemeinschaft spürbar, sondern auch in Salzgitter.

Die Strecke führte entlang der traditionellen 1.-Mai-Demonstration der Gewerkschaften. Das sehr lange Transparent, auf der Demo mitgeführt, war aus den Fenstern für die arbeitende Bevölkerung in Salzgitter gut sichtbar. Zu der Demonstration aufgerufen hatten der Deutsch-Palästinensischer Verein (Braunschweig), Handala (Salzgitter) und die Linksjugend (Salzgitter). Wenn auch die Beteiligung überschaubar blieb, den israelischen Genozid in Palästina, dessen Unterstützung durch die Bundesregierung sowie die Rolle der deutschen Rüstungsfirmen und deren Waffenexporte machte der Demonstrationzug zu öffentlich sichtbaren Themen.

Ein Berliner Teilnehmer der Friedenskonferenz

13. August 2025 ■



Özlem Demirel und Cem Ince

Rede über den Hintergrund der israelischer Barbarei

Am Samstag, den 19. Juli fand erneut eine der zahlreichen Palästina-Kundgebungen mit anschließender Demonstration in der Innenstadt von Kassel statt.

Aufgerufen hatten dazu die Kasseler Linke, ihre Jugendorganisation Solid, die „Mütter für Gaza“ und eine palästinasolidarische Hochschulgruppe. Beteiligt waren auch Mitglieder der SDAJ, der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, des Kasseler Friedensforums und von der Frauenorganisation Courage: zwischen 150 und 200 meist junge Menschen hatten sich vor dem Rathaus versammelt.

Sehr erfreulich ist, dass immer wieder junge Menschen für Palästina auf die Straße gehen. Die Empörung über die Untaten der israelischen Armee und Regierung ist groß, aber auch über die moralische Verkommenheit unserer Politiker, die, wenn es ihren Interessen entspricht, von westlichen Werten, Freiheit und Demokratie reden, aber im Gegensatz dazu, weiterhin Waffen an die rechtsradikale Regierung Israels liefern. Da nützt es auch nichts, wenn die Bundesregierung und der Kanzler seit Kurzem unverbindliche Kritik an der „Maßlosigkeit“ der israelischen Armee üben und die humanitäre Lage in Gaza beklagen. Auch auf dieser Kundgebung wurde in mehreren Reden die verlogene Doppelmoral unserer Re-

gierung kritisiert. Man fordere einerseits eine Verbesserung der humanitären Lage, verschärfe aber diese, indem man weiterhin Waffen liefere und selbst bescheidene Maßnahmen, wie z.B. die Aufkündigung des EU-Assoziierungsabkommens, das Israel Handelsprivilegien gewährt, blockiert.

Im Folgenden dokumentieren wir die Stellungnahme eines Mitglieds des Kasseler Friedensforums, weil in diesem Redebeitrag, die Frage aufgeworfen wurde: „Woher kommt es, dass unsere Bundesregierung diesen Massakern tatenlos zusieht?“ Dies sei keine Frage der Moral, sondern von den imperialistischen Interessen des Westens diktiert.

Gerade weil diese Rede über die bloße Beschreibung der grauenhaften Situation in Gaza hinausging und die Frage nach den Hintergründen aufwarf, stieß sie auf großes Interesse und Zustimmung. Aber leider bewegt sich die Palästinasolidarität immer noch in einer von der übrigen Bevölkerung isolierten „Blase“, die nur zu überwinden ist, wenn sich wieder eine breite gesellschaftliche Protestbewegung von unten entwickelt. Angesichts der Konsequenzen, die die gigantische Aufrüstung und Militarisierung der gesamten Gesellschaft für Lohnentwicklung, Arbeitsplätze und Sozialpolitik haben wird, ist dies nicht ausgeschlossen.



Beiträge zur Diskussion:

Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld

Autonomie Nahostgruppe Hamburg
Gruppe Arbeiterpolitik

Aus dem Inhalt:

Exodus – Einwanderung in die Wagenburg
Zionismus und Faschismus in Deutschland
Judenfrage und Judenvernichtung im deutschen Faschismus
Zur Geschichte der Kollektivschuld-Ideologie
Palästinensischer Befreiungskampf

Die Originalbroschüre könnt ihr runterladen
<https://archiv.arbeiterpolitik.de/>

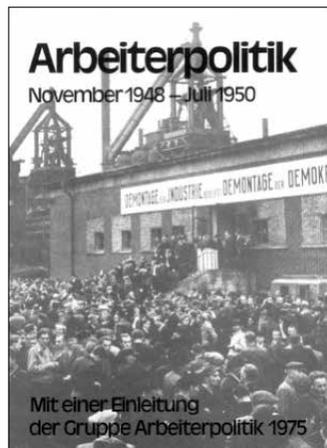
Die digitalisierten fünf Hauptartikel unter:
<https://arbeiterpolitik.de/2025/07/zionistische-besiedelung-und-vertreibung-in-palaestina-seit-ueber-100-jahren/>



Faschismus in Deutschland I
 Analysen und Berichte der KPD-O
 von 1928 – 1933,
 Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1973
 296 Seiten A5 | Broschur | 8,00 EUR



August Thalheimer
Die Potsdamer Beschlüsse
 Eine marxistische Untersuchung
 der Deutschlandpolitik
 der Großmächte
 nach dem zweiten Weltkrieg
 1945
 Herausgegeben und eingeleitet
 von der Gruppe Arbeiterpolitik
 August Thalheimer
Die Potsdamer Beschlüsse
 Deutschlandpolitik der Großmächte nach
 dem 2. Weltkrieg
 September 1945, Gr. Arbeiterpolitik
 32 Seiten A5 | 1,50 EUR



Reprint
Zeitschrift Arbeiterpolitik
 November 1948 bis Juli 1950, einschl.
 »Offene Worte an Kommunisten«
 Gruppe Arbeiterpolitik 1975
 440 Seiten A5, Broschur | 7,50 EUR

**Liebe Freundinnen und Freunde
 der Palästinasolidarität, liebe Zuhörende**

Als Mitglied des Kasseler Friedensforums bedanke ich mich für euer Engagement, das lässt uns die Hoffnung behalten, dass der Kampf gegen diese unerträgliche Barbarei weitergeht.

Lasst uns nicht aufhören über Palästina, über Gaza und über den dort stattfindenden Völkermord zu reden: in den Schulen, mit Freunden, mit Kolleginnen und Kollegen, in Betrieben und Gewerkschaften. Lasst uns den Lügen unserer Regierung, etlicher Medien und der bürgerlichen Parteien entgegentreten, die immer noch dieses tägliche Grauen in Gaza als Selbstverteidigung Israels verkaufen und die genozidalen Absichten leugnen. Ilan Pappé, der israelische Historiker, fordert uns und vor allem die jüngere Generation auf, die richtigen Begriffe zu verwenden, um die Verbrechen Israels zu beschreiben:

Zitat: „... es ist ein Apartheidstaat, der ethnische Säuberungen und einen stufenweisen Genozid in Gaza durchführt. Das nicht so zu beschreiben ist nichts anderes, als eine Flucht vor der Realität“

Erinnern wir uns auch an den Solidaritätsaufruf von Erich Fried, der schon 1974 schrieb:

„Alle Welt ist aufgerufen zu verhindern, dass Terror und Unrecht eskalieren.
 Alle Welt muss endlich offenen Auges Solidarität üben.
 Der Terror muss aufhören. Freiheit und Selbstbestimmung für die Palästinenser!“

Es ist uns wichtig an diesen Aufruf von 1974 zu erinnern, weil er deutlich macht, dass Unterdrückung, Besatzung, Kriegsterror, Vertreibung, koloniale Landnahme schon lange vor dem 7. Oktober 23 an der Tagesordnung waren. Es war nur eine Frage der Zeit, bis der Widerstand gegen dieses tägliche Unrecht des zionistischen Staates zu einer Explosion drängte.

Die Tatsachen der völlig entgrenzten Unmenschlichkeit der israelischen Armee erreichen uns täglich über in sozialen Medien gepostete Bilder und Videos und werden inzwischen auch von BBC, ARD und ZDF übernommen. Immer wieder Kinder: von Bomben zerfetzt, verstört durch Trümmer irrend, blutüberströmt, in kleinen weißen Leichensäcken auf Eselskarren transportiert, hungernd, zu Waisen gemacht.

Geradezu verstörend ist der aktuelle Plan von Verteidigungsminister Yisrael Katz, der den Bau einer sogenannten „humanitären Stadt“ auf den Ruinen von Rafah vorsieht, in der alle Bewohner des Gazastreifens inhaftiert werden sollen. Diejenigen, die sich nicht in diesen Ort begeben, werden zu Freiwillig und zur gezielten Tötung freigegeben. Die israelische Zeitung Haaretz nennt diesen Ort ein Konzentrationslager. Weiter heißt es in diesem Artikel, der am 10. Juli erschienen ist: „Ähnlich wie der Begriff ‚moralischste Armee der Welt‘, der nichts mehr mit den Aktivitäten der israelischen Armee zu tun hat, versucht man nun, ein Konzentrationslager für Bevölkerungsumsiedlungen als das moralischste der Welt darzustellen.“

Verstörend auch die Berichte in Haaretz von israelischen Soldaten über die Lebensmittelverteilstellen, die von Israel und den USA im Süden des Gazastreifens eingerichtet wurden, nachdem die UNWRA keinen Zutritt mehr erhielt: „Wo ich stationiert war, wurden jeden Tag zwischen einem und 5 Menschen getötet. Sie werden wie eine feindliche Streitmacht behandelt – keine Maßnahme zur Kontrolle der Menschenmenge, kein Tränengas – nur scharfe Munition mit allem, was man sich vorstellen kann: schwere Maschinengewehre, Granatwerfer, Mörser. Sobald das Zentrum öffnet, hört das Schießen auf, und sie wissen, dass sie sich nähern können. Unsere Form der Kommunikation ist Schusswaffenfeuer.“

Aber wie kommt es, dass unsere Bundesregierung solchen offensichtlichen Kriegsverbrechen und Massakern tatenlos zusieht. Sie blockiert sogar die Aufkündigung des Assoziierungsabkommens mit Israel, für das sich

Spanien, Irland und Slowenien einsetzen. (Ein kleiner Schritt, der Israel die Zollfreiheit aberkennen würde.) Warum hält Deutschland an seiner bedingungslosen Unterstützung Israels fest?

Sicherlich nicht wegen seiner historischen Verantwortung gegenüber den ermordeten Juden im Faschismus. Hinter der behaupteten „moralischen Verpflichtung“ stehen knallharte Interessen:

Viele Investoren, deutsche Banken, Forschungseinrichtungen, sind eng mit Israel verbunden. Und Deutschland, das ja bekanntlich auch militärisch in Europa Führungsmacht werden will, lernt schon seit Jahren von Israel: Überwachungstechnologie, die ganze Bevölkerungsgruppen kontrolliert, Einsatz von Drohnen und von einer Kriegsführung, die von KI unterstützt wird.

Bundeswehrosoldaten werden in Israel im Umgang mit Drohnen geschult und im Nah- und Häuserkampf ausgebildet. Seit Jahrzehnten schon liefert die BRD Waffen in Milliardenhöhe an Israel: U-Boote, Panzer, Munition, Raketenwerfer, Ersatzteile. Zur Auslieferung in Kiel bereit: Ein sechstes U-Boot, das wie die anderen auch atomar bestückt werden kann. Ein gutes Geschäft – auch für die Kasseler Rüstungsindustrie.

Aber es gibt noch einen weiteren Grund: Deutschland als kapitalistisches Land hat wie die USA ein Interesse daran, dass die imperialen Interessen nach Kontrolle über die Rohstoffvorkommen, Kontrolle über die Handelswege, über den gesamten Markt im Nahen und Mittleren Osten weiterhin in ihrem Sinne funktionieren.

Israel hatte schon immer die Funktion genau diese Interessen abzusichern und nationale arabische Bewegungen, die diesen Interessen zuwiderlaufen, zu unterdrücken und militärisch zu bekämpfen. Bei der Durchsetzung dieser imperialen Interessen – auch gegen den Einfluss von Russland und China gerichtet – spielen Völkerrecht und Menschenleben überhaupt keine Rolle mehr. Wir sehen das gerade bei den Angriffen gegen den Iran, den Libanon, gegen Syrien. Es geht einzig und al-

lein um eine Neuordnung des NO im Interesse des amerikanischen und europäischen Imperialismus.

Wir haben es also mit einem ganzen System zu tun, einem System, dass Ausplünderung, Unterdrückung, Vertreibung, Vernichtung einsetzt, um Profite zu sichern. Niemand hat den Charakter dieses Systems so klar gesehen wie Rosa Luxemburg schon während des 1. Weltkrieges. In der Junius-Broschüre 1916 schrieb sie:

„Das Geschäft gedeiht auf Trümmern. Städte werden zu Schutthaufen, Dörfer zu Friedhöfen, Länder zu Wüstenneien, Bevölkerungen zu Bettlerhaufen, Kirchen zu Pferdestellen; Völkerrecht, Staatsverträge, Bündnisse, heiligste Worte, höchste Autoritäten in Fetzen zerrissen. (...) Geschändet, entehrt, im Blute watend – so steht die bürgerliche Gesellschaft da. Nicht, wenn sie, geleckert und sittsam, Kultur, Philosophie und Ethik, Ordnung, Frieden und Rechtsstaat mimt – als reißende Bestie, als Hexensabbat des Chaos, als Pesthauch für Kultur und Menschheit –, so zeigt sie sich in ihrer wahren, nackten Gestalt.“

Wenn wir dieses System nicht überwinden – und da stehen wir erst ganz am Anfang – dann wird uns diese von Rosa Luxemburg beschriebene Barbarei in einen Abgrund treiben. Was in Gaza geschieht, ist dafür ein Vorbote – der 3. Weltkrieg ist in Vorbereitung. Das müssen wir gemeinsam verhindern – eine andere Welt ist möglich! Ergänzt: jede Milliarde, die für die gigantischen Aufrüstungspläne ausgegeben wird, fehlt für dringend notwendige Sozialausgaben. Fehlt für den Bau von Sozialwohnungen, für die Erhöhung von Renten und Löhnen, für die Bildung, für das Klima. Der Kampf gegen Sozialkürzungen, gegen Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete, gegen Kriegsertüchtigung durch Wehrpflicht und gegen die wachsende innenpolitische Repression – das alles gehört zusammen.

Lasst uns deshalb zukünftig gemeinsam handeln und zusammenstehen.

D. B., Juli 2025 ■

<p>WESTBLOCK-OSTBLOCK Welt- und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg Internationale monatliche Übersichten 1945-48 von August Thalheimer Erweitert durch Briefe und Dokumente Mit Einleitung und Anmerkungen der Gruppe Arbeiterpolitik 1992</p>	<p>August Thalheimer Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion Die Sowjetunion von heute und die sozialistische Revolution in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik</p>	<p>August Thalheimer Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik</p>
<p>Westblock – Ostblock Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948, Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992</p>	<p>August Thalheimer Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion 1946, Gruppe Arbeiterpolitik</p>	<p>August Thalheimer Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg Anfang 1946, Gruppe Arbeiterpolitik</p>
<p>460 Seiten A5 Broschur 7,50 EUR</p>	<p>43 Seiten A5 1,50 EUR</p>	<p>32 Seiten A5 1,50 EUR</p>



„No Kings“-Proteste in Palo Alto am 14. Juni 2025. Die „50501“-Bewegung organisierte die Proteste. Ihre Bezeichnung bezieht sich auf das wahrgenommene autoritäre und .königsähnliche Verhalten Donald Trumps · Quelle Wikipedia

USA unter Regierung Trump – Wohin die Reise geht

Die Hegemonie des westlichen Bündnissystems unter Führung der USA, die sich am Ende des Kalten Krieges seit 1990 herausgebildet hat, kommt weltweit an ihre Grenzen:

- Unter dem Deckmantel wertegeleiteter demokratischer politischer Ordnungen setzen sich immer weiter autoritäre, rechte Strukturen durch.
- An die Stelle von Interessenausgleich und Diplomatie zwischen den Machtblöcken tritt eine Aufrüstungsspirale, die alles bisher Bekannte aus der Zeit des Kalten Krieges bei weitem in den Schatten stellt.
- Es zeichnen sich keinerlei Auswege aus den regionalen Kriegen und Konflikten (Ukraine, Nahost, China/Taiwan) ab, im Gegenteil heizen sie sich immer mehr auf, drohen sich zu einem Weltbrand zu entwickeln.

Im Folgenden soll untersucht werden, welche Entwicklung das Machtsystem der USA unter der Präsidentschaft Trumps nehmen wird in dieser Phase weltweiter Umbrüche politischer Machtsysteme.

Das erste halbe Jahr der Trumpschen Präsidentschaft zeigt, in welche Richtung die Reise geht. Einige Stichworte:

- Rechtsradikal: Alles Linke oder Liberale wird zum Feind erklärt und als solcher behandelt. Am härtesten trifft es gerade die palästinasolidarische oder israelkritische Bewegung, sozusagen stellvertretend für alle, die sich der Regierungspolitik widersetzen.
- Gewerkschaftsfeindlich: Unter der Parole der „Befreiung des amerikanischen Arbeiters“ werden lang erkämpfte Gewerkschafts- und Arbeitsrechte geschleift.
- Ausländerfeindlich, rassistisch, nationalistisch: Migranten werden generell als Kriminelle dargestellt,

entmenschlicht, insbesondere die aus Lateinamerika. Sie werden massenhaft aufgegriffen, inhaftiert, in andere Länder verfrachtet und dort eingesperrt.

- Antidemokratisch: Der Kongress unterwirft sich der Regierung, statt sie zu kontrollieren und an einen gesetzlichen Rahmen zu binden. Ihrerseits setzt sich die Regierung über Gesetze und Gerichtsbeschlüsse hinweg und lässt vom Kongress ein Gesetz beschließen, das es Gerichten erschwert, gegen Gesetzesverstöße der Regierung vorzugehen. Der oberste Gerichtshof beschließt, dass ein Präsident für Amtshandlungen über dem Gesetz steht.
- Staatsfeindlich: Staatliche Institutionen, die der Sicherheit der Bevölkerung dienen oder soziale Ungleichheiten abmildern sollen, werden aufgelöst, andere werden privatisiert, um privatem Kapital Profitmöglichkeiten zu eröffnen.
- Plutokratisch: Steuern für die Reichen werden gesenkt, eine gewaltige Vermögensumverteilung von unten nach oben findet statt, Milliardäre sitzen in der Regierung oder nehmen entscheidenden Einfluss. Die Gesundheitsversorgung für Arme wird dagegen gekürzt.
- Frauenfeindlich: Abtreibungsrechte werden eingeschränkt, Gleichstellung zurückgefahren.
- Religiös-fundamentalistisch: Hinter der Trump-Regierung sammeln sich evangelikale Christen, konservative Katholiken und Zionisten.
- Diskriminierend gegen Minderheiten wie Farbige, sexuelle Minderheiten.
- Schutzzollpolitik um eine Reindustrialisierung in Gang zu setzen.
- Weltklima-feindlich: Förderung von fossiler und Atomenergie, Kürzung oder Streichung von Subventionen für nachhaltige Energieträger.

- Unverhüllte Machtpolitik nach außen: Wer nicht pariert, wird erpresst, sanktioniert oder militärisch angegriffen, das Völkerrecht offen geschreddert.

Diese Aufzählung ist sicher nicht vollständig, sie ergibt aber ein deutliches Bild. Sicher sind einige dieser aufgeführten Punkte in der einen oder anderen, abgeschwächten Form auch für bisherige Regierungen zutreffend, aber insgesamt zeigt sich doch eine neuartige Richtung. Woher kommt das? Welcher Prozess ist da im Gange? Wer den Prozess nicht versteht, muss im Anklagen stecken bleiben.

„The One Big Beautiful Bill“

Worüber sich die Bürgerlichen von links bis rechts in den USA einig sind, ist, die Vorherrschaft der USA in der Welt aufrechtzuerhalten. Vorherrschaft der USA heißt natürlich Vorherrschaft des US-Kapitals. Diese Vorherrschaft wird von zwei Seiten bedroht. Zum einen der ökonomische Aufstieg Chinas, zum anderen die Überdehnung der amerikanischen Macht. Diese Überdehnung zeigt sich im ausufernden Haushaltsdefizit, das sich alleine für den Bundeshaushalt auf fast 36 Billionen Dollar beläuft. Die Zinsen für dieses Defizit, die aus dem Haushalt beglichen werden müssen, nähern sich mittlerweile einer Billion Dollar (d.h. 1000 Milliarden Dollar).

Gibt es bei der Politik gegenüber China nur graduelle Unterschiede (unter Obama wurde schon „der Schwenk nach Asien“ verkündet), sieht es bei der Haushaltspolitik anders aus. Da das Militär von jedem Spargedanken ausgeklammert wird, gibt es zur Eindämmung des Defizits

mehrere Möglichkeiten: Steuererhöhungen für die Wohlhabenden, Ausgabenkürzungen im Sozialen (eher Zukunftsmusik wären mehr Steuereinnahmen durch Neuan siedlung von Fabriken), Abbau des Staatsapparats. Letzteres betrieb Musk mit seinem DOGE-Apparat, der binnen kürzester Zeit Abertausende von Regierungsmitarbeitern feuerte. Wenn überhaupt, lassen sich damit nur einige Milliarden einsparen. Bleiben also Steuererhöhungen für die Wohlhabenden, die sind aber in einer Plutokratenregierung nicht durchzusetzen, im Gegenteil, Steuern wurden noch weiter gesenkt. Bleibt das Soziale, vor allem die beiden großen Posten Alterssicherung (Social Security) und Medizinische Armenunterstützung (Medicaid und Medicare).

Das jetzt verabschiedete Haushaltsgesetz (in trumpscher Infantilsprache „Das eine große schöne Gesetz“ getauft – The One Big Beautiful Bill) stellt einen Kompromiss zwischen den verschiedenen Flügeln des Trump-lagers dar. Zwar konnten die Kapitalvertreter eine Kürzung von Medicaid und Medicare durchsetzen, aber der völkisch nationale MAGA-Flügel (MAGA- Make America Great Again) verhinderte weitere Kürzungen bei der Social Security, um die proletarische Wählerklientel Trumps nicht zu vergraulen. Im Ergebnis wird sich das Haushaltsdefizit in den nächsten Jahren nach allen seriösen Prognosen um mehrere Billionen vergrößern.

Die Staatsverschuldung

Das Schuldenproblem bleibt also ungelöst. Lange Zeit war es auch kein Problem, da die US-Regierung ihre Ausgaben mit der Ausgabe von Staatspapieren („Treasuries“



Die Stürmung des Kapitols am 6. Januar 2021 · Quelle Wikipedia

– Schatzpapiere) finanzieren konnte. 1944 fixierten die USA mit dem System von Bretton Woods den Dollar für das kapitalistische Weltssystem als Leitwährung. Nach dem Ende von Bretton Woods konnten sie den Dollar als Weltwährung etablieren, indem sie durchsetzten, dass Geschäfte mit dem wichtigsten Rohstoff Erdöl nur in Dollar abgewickelt wurden. Die weltweit erzielten Dollarüberschüsse mussten nun irgendwo angelegt werden und dafür eigneten sich als sichere Möglichkeit die amerikanischen Staatspapiere, die das Finanzministerium verkauft. Die USA konnten es sich über diesen Mechanismus auch leisten ihren Markt für Importe zu öffnen, da die Importeurländer ihre Dollarüberschüsse wiederum in US-Staatspapieren anlegten. Die Kehrseite war natürlich, dass viele Industrien aus den USA in Billiglohnländer verlegt wurden. Vom offenen US-Markt profitierte u.a. China, das auf diese Weise seine Industrie entwickeln konnte. Man geht davon aus, dass von den US-Staatsschulden von fast 36 Billionen Dollar etwa 20% von ausländischen Gläubigern gehalten werden, also etwa sieben Billionen. Die größten Gläubiger sind Japan und China. D.h. das Ausland finanziert das US-Defizit (und damit die Militärausgaben!) zu einem gewichtigen Teil.

In den letzten Jahren hat nun eine Entwicklung eingesetzt, die diese Schuldenpolitik fraglich werden ließ. In-

vestoren fingen an, angesichts des immer steigenden US-Defizits an der Kreditwürdigkeit der US-Regierung zu zweifeln. Dies führte dazu, dass die Nachfrage nach Staatsanleihen sank, so dass das Finanzministerium höhere Zinsen bieten musste, was zu steigenden Zinsen und damit zu steigenden Kosten für die US-Regierung führt. „Ein Blick auf die Zinsen in den USA: Die haben zwischenzeitlich schon fast bedrohlich zugelegt. Ein Niveau von um fünf Prozent für die 10-jährigen US-Anleihen gilt als gefährlich für die Stabilität an den Finanzmärkten, weil schlicht und einfach die Kosten der Refinanzierung zu hoch sind. Nun wurde dieses Niveau nicht ganz erreicht, aber die Entwicklung zeigte doch ganz klar in diese Richtung.“ (Aus dem Bericht einer Vermögensverwaltung, Juli 2025)

Mit der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes und dem damit steigenden Defizit setzt die US-Regierung ganz offensichtlich darauf, dass die nationalen und internationalen Investoren weiterhin Staatspapiere in ausreichendem Maße kaufen werden. Internationale Ansätze wie etwa Gedankenspiele unter den BRICS+-Staaten eine eigene Reservewährung aufzubauen, sind daher eine direkte Bedrohung der US-Politik. Deshalb hat Trump schon angekündigt, diese Länder mit hohen Zöllen zu überziehen, sollten sie auch nur so etwas versuchen wollen. Die Erhöhung des Einfuhrzoll für brasilianische Exporte auf 50% ist als Warnschuss an ein führendes BRICS-Land zu verstehen. Das Beispiel Brasilien zeigt auch, dass die Drohung mit Zollerhöhungen auch auf die Innenpolitik anderer Länder wirken soll. So betrachtet die Trump-Regierung den Prozess gegen den Expräsidenten Bolsonaro wegen dessen Putschversuch als US-feindliche Politik.

Eine Umkehr ist der Trump-Regierung aber immerhin gelungen: Für die Waffenlieferungen der USA an die Ukraine werden zukünftig die Europäer bezahlen. Damit wird einerseits das Budget entlastet, andererseits der Konkurrent EU geschwächt. Der schwächt sich noch zusätzlich, indem er die Militärausgaben auf 5% des Bruttoinlandsprodukts steigern will,

Wie drängend das Problem der Staatsschulden eingeschätzt wird, zeigen Gedankenspiele. Eines schlägt vor, die ausländischen Halter zu zwingen, von ihnen gehaltene US-Staatspapiere in zinslose 50-jährige Anleihen zu verwandeln. Auf gut Deutsch: wertlos zu machen. Ein anderes geht dahin, die US-amerikanischen Banken und Versicherungen gesetzlich zu verpflichten, US-Staatspapiere zu kaufen (ähnlich wie es in Japan geschehen ist).

Eine nahe liegende Möglichkeit bleibt natürlich: die Gelddruckmaschine anzuwerfen, wie es die Zentralbank in den letzten Jahren betrieben hat, das heißt, sie kauft direkt Staatsanleihen an, die sie mit frisch gedrucktem Geld bezahlt. Die hässliche Kehrseite ist allerdings die dann wieder anziehende Inflation und gerade die Inflation der letzten Jahre hat viele Wähler zu Trump getrieben.

Widersprüche

Mit den Zöllen auf Einfuhren will die Trump-Regierung mehrere Ziele erreichen. Zum einen steigen offensichtlich die Zolleinnahmen, tragen also dazu bei das Wachstum des Defizits einzudämmen. Zum anderen soll es

Beiträge und Dokumente zur Diskussion:

Der Aufstieg des Rechtspopulismus
Kampf gegen rechts – Aber wie?
Die politische Rechte in der Weimarer Republik
und die Analysen der KPD-Opposition

Rechtsentwicklung heute und in der Weimarer Republik.

Droht ein neuer Faschismus?



Eisenach, April 1918: 16 Metall-Kolleginnen und Kollegen drängen Biron Höcke und sein AfD-Mitglied aus der Demonstration der Opotener.

Juli 2020 · 3,- Euro
Herausgegeben
von der Gruppe Arbeiterpolitik

**Beiträge und Dokumente zur Diskussion: Der Aufstieg des Rechtspopulismus · Kampf gegen rechts – Aber wie?
Die politische Rechte in der Weimarer Republik und die Analysen der KPD-Opposition
Juli 2020 · 3,- Euro · Hrsg.: Gruppe Arbeiterpolitik**

dazu führen, dass Kapital in den USA in Industrieproduktion fließt, die bisher im Ausland erfolgte, so dass in den USA selbst Arbeitsplätze entstehen und damit Mehrwert produziert werden kann.

Wenn nun aber die Einfuhren durch die Zollpolitik sinken, was ja das offensichtliche Ziel ist, dann sinken aber logischerweise die ausländischen Dollarüberschüsse, die zur Finanzierung des Haushaltsdefizits benötigt werden.

Für eine Reindustrialisierung braucht es qualifizierte Arbeitskräfte, die es in der erforderlichen Anzahl in den USA gar nicht gibt. Die müssten also erst ausgebildet werden oder man müsste sie aus dem Ausland holen (Schätzungen sprechen von der Notwendigkeit von 1,1 Millionen Einwanderern pro Jahr). Dagegen wenden sich aber gerade die Angriffe auf die Universitäten und die massive Hetze und Vertreibung aller Zuwanderer. Unter anderem wegen letzterem stieg Musk als Regierungsberater aus und wendet sich jetzt gegen Trump.

Wenn das Kapital in den USA in neue Industrien investiert, wird es das in Produktionsanlagen auf dem neuesten Stand machen und nicht nach dem Stand von vor 40, 50 Jahren. D.h. diese Betriebe werden kapital- und nicht arbeitskräfteintensiv sein und gerade nicht die versprochenen Massenarbeitsplätze bringen. Ein Beispiel sind Anlagen von US-Steel in Pennsylvania, die hoffnungslos überaltert und nicht konkurrenzfähig sind. Selbst die Gewerkschaft will, dass Nippon-Steel die Anlagen kauft um das Werk zu modernisieren. Dann werden aber die meisten Arbeitsplätze weg sein.

Im Übrigen werden mögliche Gegenzölle gegen Trumps Zollpolitik auch Auswirkungen auf Unternehmen und Arbeitsplätze haben.

Die bürgerliche Demokratie als Auslaufmodell

Dass Trump die Wahl gewonnen hat, lag vor allem daran, dass große Teile der ärmeren Bevölkerung ihn wählten (siehe auch unseren Artikel zum Ausgang der US-Wahlen in Arbeiterpolitik 4/24). Die Unmöglichkeit, den eigenen Lebensstandard zu halten oder ihn vielleicht für die Kinder sogar verbessern zu können, ließ viele das Lager wechseln. Deswegen ist aber die republikanische Partei natürlich keine Arbeiterpartei geworden, sondern ist eine „für die USA spezifische Version des Rechtspopulismus“ (Arbeiterstimme, Nr. 228, 2025).

Gleichzeitig signalisierte die Wahl ein Ende des „Weiter so“. Die Botschaft, die das Trump-Lager verbreitet, lautet: Wir haben den Auftrag, das alte abgewirtschaftete System zu beenden. Für das Kapital geht es darum, Hindernisse für die Profitproduktion aus dem Weg zu räumen. Auch die Kriegsvorbereitung gegen den großen Konkurrenten China lässt sich autokratisch besser durchführen. Die Vorherrschaft des US-Kapitals wird durch hohe Schulden, durch den damit einher gehenden Vertrauensverlust in die Stabilität des Finanzsystems und nicht zuletzt durch die sinkende Konkurrenzfähigkeit der eigenen Wirtschaft gefährdet. Letzteres signalisieren die chronischen und gefährlich anschwellenden Handelsbilanzdefizite. Offen ausgetragene imperialistische Machtpolitik nach außen ist die eine, Repression nach innen ist die andere Seite der MAGA-Politik. Da ist

schnelles Eingreifen zur Brechung des Widerstands erforderlich, ohne dass die Exekutive durch parlamentarische oder juristische Einwände gebremst wird. Gewaltenteilung stört da nur.

Das bisherige etablierte parlamentarische System als eine Form der bürgerlichen Herrschaft soll den unterschiedlichen Kapitalfraktionen und anderen Interessengruppen Raum geben, sich zu artikulieren und schließlich zu einem Kompromiss zu finden. Statt einer mühseligen Kompromissfindung über den Kongress soll jetzt der „CEO“ (Vorstandsvorsitzende) entscheiden, wie das in jedem Unternehmen auch ist. Und dieser „CEO“ ist jetzt Trump. Statt zu versuchen über Parteigruppen Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen, müssen die verschiedenen Kapitalfraktionen jetzt versuchen bei Trump und seinen direkten Beratern Einfluss zu gewinnen. Ein gutes Beispiel dafür ist Elon Musk, der erst Trumps Gehör hatte, dann mit ihm brach. Jetzt droht er mit der Gründung einer neuen Partei, was der Versuch ist, wieder Einfluss zu gewinnen.

Dieser Systemwandel verträgt sich schlecht mit Wahlen. Trump hatte im Wahlkampf schon angekündigt, die Leute sollten ihn diesmal unbedingt wählen, nächstes Mal sei das dann nicht mehr nötig. Verklausuliert heißt das, wir werden Mittel und Wege finden, dass wir die Wahlen gewinnen werden, auch wenn wir die nötigen Stimmen nicht bekommen sollten. Die Legende von der eigentlich gewonnenen Wahl 2020 kündigt das gewissermaßen an. Am 15 Juli berichtet die „Washington Post“, dass in verschiedenen US-Bundesstaaten Regierungsmitarbeiter aufgetaucht sind, die die Wahlauszählungsmaschinen und die Wählerlisten kontrollieren wollen, angeblich um nach dem Rechten zu sehen. Dabei ist die Durchführung der Wahl Sache der Bundesstaaten. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Viele gaben Trump letztes Jahr die Stimme, da es keine glaubwürdige Alternative von links gab, nach dem Motto: Soll er mal machen, vielleicht wird's besser, wenn nicht, wählen wir ihn wieder ab. Mit der Abwahl ist es allerdings so eine Sache, denn dazu muss es eine Möglichkeit geben ihn abzuwählen.

Man könnte die Richtung, in die die Trump-Regierung geht, die zu einer offenen Diktatur der Milliardäre nennen. Das heißt, ein Teil der Bourgeoisie regiert direkt unter weitgehender Ausschaltung des Parlaments. Faschismus ist das nicht, denn dann hätte die Bourgeoisie die politische Macht an eine faschistische Partei abgetreten. Ob sie das noch einmal machen muss, ist nicht abzu sehen. Einen faschistischen Flügel im MAGA-Lager gibt es jedenfalls. Aber die Zerstörung der bisherigen Form der bürgerlichen Demokratie ist in vollem Gange.

Widerstand

Mittlerweile wächst der Widerstand. Er reicht von Gewerkschaften über Black-Lives-Matter, Frauenbewegung, Anti-Diskriminierung, Immigranten bis zu „Unterstützt die Ukraine“-Gruppen. Überall ist die US-Flagge dabei. Er ist also sehr breit und sehr heterogen. Die bisher größten Demonstrationen gegen die Trump-Regierung fanden zum „No Kings“-Tag („Keine Könige“) am 14. Juni statt mit landesweit geschätzten vier bis sechs Millionen Teil-



„No Kings“-Proteste am 14. Juni 2025 in Berlin · Quelle Wikipedia

nehmern. Manche Beobachter sprechen sogar von den größten Demonstrationen in der amerikanischen Geschichte. Anlass war der 250. Jahrestag der amerikanischen Streitkräfte. Da dieser Jahrestag mit Trumps Geburtstag zusammenfällt, ließ dieser den Tag mit einer riesigen Militärparade in Washington begehen. In einem Aufruf heißt es: „No Kings ist ein bundesweiter Tag der Missachtung. Von Großstadtvierteln zu Kleinstädten, von Gerichtstrepfen zu Gemeindeparks – wir werden aktiv um den Autoritarismus zurückzuweisen – und um der Welt zu zeigen, wie Demokratie wirklich aussieht.“ (www.nokings.org, eigene Übersetzung.)

Hier drückt sich die Kritik am Abbau der Demokratie aus wie auch der Wunsch nach der Rückkehr zur bisherigen Form der bürgerlichen Demokratie. An der amerikanischen Vorherrschaft wird noch nicht gezweifelt. Wie wir oben ausgeführt haben, ist Trump eine Folge des Scheiterns der bisherigen Herrschaftsform und den Wünschen des Kapitals, nach innen und außen durchzuregieren. Einen Weg zurück wird es wohl nicht geben. Die Repression ist massiv: Polizei, Nationalgarde, Marines, dazu die Abschiebungsdrohung gegen Nicht-US-Bürger

und die Entlassungswelle im Staatsdienst. Es ist schwer vorstellbar, dass die Republikaner unter Trump sich einfach durch Wahlen von der Macht verdrängen lassen.

Die demokratische Partei im Ganzen ist in einem desolaten Zustand. Offen zum Widerstand aufrufen kann und will sie nicht. Der Vorstand hat die Marschroute, stillzuhalten bis zu den Zwischenwahlen im nächsten Jahr. Dann werde sich die Trump-Regierung in genügend Skandale verwickelt haben und die Leute würden wieder mehrheitlich die Demokraten wählen. Deshalb stürzen sie sich jetzt auch auf den Epstein-Skandal. Einige linke Persönlichkeiten treten schon anders auf: Bernie Sanders, Alexandra Ocasio-Cortez oder Zohran Mamdani, der sich in New York als Bürgermeisterkandidat der Demokraten durchsetzen konnte. Natürlich vertreten sie keinen klaren Klassenstandpunkt, aber sie mobilisieren mit einem gewissen Erfolg gegen Trump und sprechen dabei gewerkschaftliche und soziale Themen an. Entscheidend wird sein, ob sich in dem anwachsenden Widerstand unter Arbeitern und Gewerkschaften ein Kern herausbildet, der unabhängig von den großen Parteien ist.

27. Juli 2025 ■